

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/020(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 01.06.2012	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:30Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung Niederschriften vom 30. 03. 2012 und 27. 04. 2012
- 4 Anträge
  - 4.1 Kinderbetreuungskapazitäten erweitern A0006/12  
FDP-Fraktion
  - 4.1.1 Kinderbetreuungskapazitäten erweitern S0077/12  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
  - 4.2 Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 A0023/12  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.2.1 Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 A0023/12/1  
Fraktion SPD-future!  
Fraktion CDU/BfM
  - 4.2.2 Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 S0106/12  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

4.3	Ehrung von Carl Leberecht Immermann Fraktion CDU/BfM	A0010/12
4.3.1	Ehrung von Carl Leberecht Immermann BE: Bürgermeister	S0072/12
4.4	Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg um die Durchführung eines Kirchentagskongresses 2016 in Vorbereitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2017 FDP-Fraktion	A0030/12
4.4.1	Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg um die Durchführung eines Kirchentagskongresses 2016 in Vorbereitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2017 BE: Bürgermeister	S0148/12
4.5	Offene Daten für Magdeburg - Chance für mehr Bürgerbeteiligung Fraktion DIE LINKE	A0151/11
4.5.1	Offene Daten für Magdeburg - Chance für mehr Bürgerbeteiligung BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0307/11
5	Informationen	
5.1	Personalkostencontrolling - Jahresabschlussbericht 2011 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0078/12
5.2	Personalkostencontrollingbericht I. Quartal 2012 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	I0121/12
5.3	Trägerschaft städtisches Wohnheim BE: Bürgermeister	I0105/12
6	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Jens Ansorge

i.V.f. SR Frank Schuster

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Schwenke

Stadträtin Karin Meinecke

i.V.f. SR Müller

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

**Verwaltung**

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Oliver Müller

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Ergänzend zur Tagesordnung liegt die DS0185/12 – Personalangelegenheit – als TOP 8.3 vor.

Der TOP 9.3 – I0118/12 – Fortführung des Projektes „mandatos“ wird in der Reihenfolge der Beratung vorgezogen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der so geänderten Tagesordnung zu.

Aus Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der Vorlage einer Information zur quartalsweisen Berichterstattung über unbesetzte Stellen informiert der Oberbürgermeister, dass diese zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses am 20. 07. 2012 vorgelegt wird.

Ergänzend legt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz dar, dass eine entsprechende Information bereits erarbeitet sei, jedoch derzeit das Zahlenmaterial hinsichtlich konkreter Erläuterungen noch geprüft wird.

### 3. Genehmigung Niederschriften vom 30. 03. 2012 und 27. 04. 2012

---

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 30. 03. 2012 – öffentlich – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 2 Enthaltungen bestätigt.

Die Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 27. 04. 2012 wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei einigen Enthaltungen bestätigt.

#### 4. Anträge

---

##### 4.1. Kinderbetreuungskapazitäten erweitern Vorlage: A0006/12

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages A0006/12. Insbesondere führt er aus, dass der Antrag eingereicht wurde, bevor die Beschlussfassung im Stadtrat zur Neuerrichtung von drei Kindereinrichtungen erfolgte. Er plädiert dafür nicht nachzulassen, städtische Unternehmen zum Ausbau von Betreuungsplätzen zu bewegen.

Bezug nehmend auf Punkt 3 des Antrages hinsichtlich des Wortes „Betriebskindergärten“ bezeichnet er diese Formulierung als ungünstig, da diese Plätze nicht nur Betriebsangehörigen zur Verfügung stehen sollten, sondern ggf. auch für Betriebsfremde.

Der Beigeordnete Herr Brüning verweist auf die gemachte Erfahrung, dass die Schaffung von Betreuungsplätzen seitens der Geschäftsführung städtischer Einrichtungen unter dem Aspekt des Bedarfes der eigenen Belegschaften gesehen wird. Hinsichtlich des Städtischen Klinikums informiert er, dass der neue Geschäftsführer dieser Thematik aufgeschlossen gegenüber steht und bereits Varianten prüft. Andere städtische Gesellschaften dagegen seien derzeit finanziell jedoch nicht so gut aufgestellt. Das Anliegen des Antrages wird von ihm mitgetragen.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister, dass zu dieser Thematik mit allen Gesellschaften gesprochen wurde, diese hierzu jedoch selbst entscheiden müssen.

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, informiert über die Diskussion des Ausschusses Familie und Gleichstellung hinsichtlich Betriebskindergärten und Beteiligung an Kosten.

Er nimmt Bezug auf den Beschluss des Stadtrates zur Schaffung zusätzlicher Betreuungskapazitäten und hinterfragt den Zeitrahmen, in welchem sich städtische Unternehmen wie z.B. das Städtische Klinikum erklären müssten, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Der Oberbürgermeister informiert hinsichtlich der Thematik Betriebskindergärten über die bestehende Idee, für zusätzliche Plätze die Einrichtung neben der Grundschule Nordwest zu nutzen. Hier besteht jedoch das Problem, dass die Einrichtung für den bestehenden Bedarf zu klein sei und nur 130 Plätze an diesem Standort möglich seien. Ebenfalls offen sei auch eine Vereinbarung zwischen dem Freien Träger und dem Städtischen Klinikum.

Insbesondere informiert er, dass im Ergebnis der Besprechung mit dem ehemaligen Geschäftsführer des Städtischen Klinikums die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten bis 2014 erfolgen soll.

Standortschwerpunkt sollte dabei jedoch nicht in Nähe des Klinikums sein, da im angrenzenden Wohngebiet die Anzahl der Kinder zu gering sei. 30 bis 40 Plätze als Vorrangbelegungsrecht für das Klinikum werden als ausreichend angesehen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, unterstützt das Anliegen des Antrages.

Abschließend verweist Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, darauf, dass das Anliegen des Antrages nicht nur Unternehmen wie das Städtische Klinikum oder die SWM betrifft.

Anliegen ist es, politisch deutlich zu machen, dass zusätzliche Betreuungskapazitäten dringend gebraucht werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0006/12 in seiner Sitzung am 05. 07. 2012 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0077/12 zur Kenntnis.

#### 4.2. Analyse der Kitakapazitätsplanung 2002-2012 Vorlage: A0023/12

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung geht der Beigeordnete Herr Brüning auf die Entwicklung der Geburtenrate in den letzten fünf Jahren und der sich damit veränderten Dimension des Betreuungsbedarfes ein. Ebenso sei durch eine Zunahme an Arbeitsplätzen in Magdeburg ein wachsender Bedarf an Betreuungsplätzen entstanden. Im Weiteren geht er auf die in den Jahren 2009- 2011 zu verzeichnende Qualifizierung der Entwicklung der Betreuungskapazitäten auf Grund der Schaffung neuer Plätze durch bessere Nutzung vorhandener Flächen ein und verweist auf intensive Diskussionen mit Freien Trägern hinsichtlich der Auslastung noch nicht genutzter Flächen.

Abschließend macht er Ausführungen hinsichtlich der Nutzung des Kitaportals. Er trifft die Einschätzung, dass seit der Durchführung des Kita-Gipfels über 300 Plätze bei Freien Trägern geschaffen werden konnten und die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Erweiterung der Betreuungskapazitäten planmäßig abgearbeitet wird.

In seinen Ausführungen legt Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, seine Auffassung dar, dass seitens des Oberbürgermeisters seine Autorität gegenüber dem Sozialbereich geltend gemacht werden müsse, da hier die Kapazitätsplanung nicht gut vorbereitet wurde.

Kritisch geht er auf die im letzten Satz der Stellungnahme getroffene Aussage, dass sich zur Kapazitätsplanung keine neuen Erkenntnisse für die Verwaltung ergeben, ein und merkt an, dass es lange versäumt wurde, eine vernünftige Planung vorzulegen.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future! macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag A0023/12/1 und bezeichnet diesen als vernünftigen Kompromiss.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-future!, merkt kritisch an, niemanden zu kennen, der über das Kita-Portal einen Betreuungsplatz bekommen habe und sieht hier Bedarf, eine Optimierung vorzunehmen.

Klarstellend führt der Oberbürgermeister aus, dass eine Optimierung des Portals derzeit nicht möglich sei, wenn Plätze fehlen. Solange Freie Träger keine freien Plätze einstellen, könne hier keine Verbesserung erreicht werden. Eine Lösung der Problematik kann nur erfolgen, wenn ein Überangebot an Betreuungsplätzen besteht.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, informiert über die Auffassung seiner Fraktion zur Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag. Er trifft die Feststellung, dass Schuldzuweisungen nicht zielführend seien und sich seitens der Verwaltung darauf konzentriert werden sollte, weitere Betreuungsplätze zu schaffen.

Der Oberbürgermeister schätzt selbstkritisch ein, dass der bestehende Mangel bei der Kapazitätsplanung seitens der Verwaltung zu verantworten ist und hier falsch gehandelt wurde. Die mit der DS0414/11 vorgelegte Planung der Betreuungskapazitäten hätte nicht vorgelegt werden dürfen, da sie falsche Planzahlen enthält. Er sichert zu, dass dies nicht wieder passieren wird und die gemachten Fehler analysiert werden. Zudem wurde der Beigeordnete Herr Brüning von ihm beauftragt, reale Zahlen vorzulegen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, erinnert daran, dass bereits zur Klausurtagung des Ausschusses FG ein Antrag bzgl. zusätzlicher Platzkapazitäten vorlag und hier der Aussage der Verwaltung vertraut wurde, dass diese nicht notwendig seien. Er bittet darum, da nach seiner Auffassung diese Frage im Ausschuss FG wieder aufgeworfen wird, eine Aussage zu treffen, ob die Zahlen zur Kita-Planung real sind.

Der Oberbürgermeister gibt die Empfehlung, im Ausschuss FG die Fragestellung zu klären, woher die Gelder zur Finanzierung der zusätzlichen Betreuungsplätze, des erforderlichen Personals und der Flächen bereitgestellt werden können. Die Frage der Kapazitätsplanung liegt nicht in Verantwortung des Ausschusses FG und wird vor der Klausurberatung geklärt sein.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, äußert sich positiv zu den selbstkritischen Aussagen des Oberbürgermeisters. Bezug nehmend auf die Schlussfolgerungen des Bereiches V/02 merkt er kritisch an, dass in diesem Bereich die Selbstkritik noch nicht angekommen sei und legt seine Auffassung dar, dass die verantwortlichen Mitarbeiter zukünftig sorgfältiger arbeiten müssen.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-future!, führt aus sich vorstellen zu können, dass es bestimmte Zwangsmittel gibt, eine Vergabe von Betreuungsplätzen außerhalb des Kita-Portals zu verhindern und spricht sich dafür aus, hier entsprechenden Einfluss auf die Freien Träger zu nehmen.

Klarstellend legt der Oberbürgermeister dar, dass es keine rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten für die Stadt gibt, Freie Träger zu zwingen, sich am Kita-Portal zu beteiligen. Im Gegenteil werde die Situation des Kita-Portals noch durch die bestehende Wartelistensituation der Einrichtungen verschärft.

Der Beigeordnete Herr Brüning nimmt Bezug auf die geäußerte Kritik hinsichtlich der Arbeit der Verwaltung und macht klarstellende Ausführungen zur Struktur des Jugendhilfebereiches. Er verweist auf die schwierige Situation, Übereinstimmung zu vorhandenen Kapazitäten zu erzielen. Im Weiteren führt er aus, dass es auch Gründe gibt, Freien Trägern Anträge auf Investitionen zu versagen und erklärt die Bereitschaft der Verwaltung, hierzu über jeden Einzelfall Auskunft zu erteilen.

Insbesondere hält er es nicht für fair, eine Generalkritik zu äußern und weist diese zurück.

Hinsichtlich der Ausnutzung des Kita-Portals verweist er darauf, dass hier für die Teilnahme der Freien Träger die politische Unterstützung benötigt wird, und seitens des Stadtrates ein deutliches Signal für das Portal gegeben werden sollte.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister den vorliegenden Änderungsantrag A0023/12/1 der Fraktionen SPD-future! und CDU/BfM zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0023/12/1 in seiner Sitzung am 05. 07. 2012 zu beschließen.

Mit der Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag A0023/12/1 hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0023/12 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei erübrigt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0106/12 zur Kenntnis.

#### 4.3. Ehrung von Carl Leberecht Immermann Vorlage: A0010/12

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Hinweis: Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, verlässt um 16.00 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages.

In seinen Ausführungen verweist der Bürgermeister Herr Dr. Koch auf die im Kulturausschuss zum vorliegenden Antrag geführte Diskussion. Insbesondere verweist er darauf, dass aus Sicht der Verwaltung kein Anlass besteht auf Grund der bereits vorhandenen Namensbenennungen, wie z.B. Immermannbrunnen und Immermannstraße, die Umbenennung einer Kultureinrichtung vorzunehmen und es hierzu auch Konsens mit Vertretern der Immermanngesellschaft gibt.

Ergänzend informiert Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, dass der Kulturausschuss den vorliegenden Antrag nicht zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, informiert, dass sich seine Fraktion nicht für weitergehende Maßnahmen ausspricht und legt die Auffassung dar, dass bei Aufrechterhaltung des Antrages dieser abzulehnen sei.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterbreitet als Kompromiss den Vorschlag, Gespräche mit der Otto-von-Guericke- Universität zu führen, ob hier möglicherweise ein Universitätsgebäude benannt werden könne.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Universität nicht der städtischen Zuständigkeit untersteht und dieser Kompromissvorschlag dann ein neuer Antrag wäre.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0010/12 der Fraktion CDU/BfM in seiner Sitzung am 05. 07. 2012 nicht zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0072/12 zur Kenntnis.

- 4.4. Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg um die Durchführung eines Kirchentagskongresses 2016 in Vorbereitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2017  
Vorlage: A0030/12
- 

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, wertet die Stellungnahme der Verwaltung als positiv. Hinsichtlich der noch nicht erfolgten Entscheidung des Kirchentagspräsidiums zum Durchführungsort des Kirchentages spricht er sich jedoch dafür aus, eine Beratung des Antrages bis dahin auszusetzen.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch gibt die Versicherung, auch weiterhin die Thematik zu verfolgen.

Im Ergebnis der geführten Diskussion wird der Antrag A0030/12 vom Einbringer bis zur endgültigen Klärung des Durchführungsortes des Kirchentages zurückgezogen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0148/12 zur Kenntnis.

- 4.5. Offene Daten für Magdeburg - Chance für mehr Bürgerbeteiligung  
Vorlage: A0151/11
- 

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und legt dar, sich der Stellungnahme von Grundsatz her anzuschließen, dass die dargelegten Schritte gegangen werden sollten. Er spricht sich dafür aus, dem Antrag A0151/11 im Sinne der Darlegungen der Stellungnahme zuzustimmen.

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass es der Verwaltung wichtig war, auf die langfristige Perspektive der Projekte zu verweisen und über inhaltliche Punkte, wie z.B. die Postleitzahlenproblematik, noch diskutiert werden muss. Er sichert zu, dass der Stadtrat über den Fortgang des Prozesses informiert bzw. mit einbezogen wird.

Stadtrat Ansoerge, Fraktion CDU/BfM, warnt davor, dass die Stadt Magdeburg zum Schrittmacher in diesem Prozess wird. Er legt seine Auffassung dar, dass, wenn sich selbst die Bundesregierung zu Fragen der Datenbereitstellung Zeit lässt, auch die Stadt Magdeburg dies tun sollte. Er bezeichnet die benannte Zeitschiene als problematisch und erklärt, dem Antrag nicht zustimmen zu wollen.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-future!, an den Einbringer des Antrages erklärt Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, dass eine schrittweise Vorgehensweise für ihn denkbar sei.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, nimmt Bezug auf Punkt 8 der Stellungnahme der Verwaltung und unterbreitet den Vorschlag, die unter Punkt 1 – 7 dargelegten Schritte vom Grundsatz her zu bestätigen. Auf den unter Punkt 8 benannten Zeitraum für eine Evaluation sollte jedoch verzichtet werden.

Dem Vorschlag kann Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, folgen.

Im Ergebnis der Diskussion zieht der Obermeister das Fazit, dass der Punkt 8 so zu interpretieren ist, die Implementierungsphase des Open-Data-Projektes nach Möglichkeit im Laufe der nächsten zwei Jahre abzuschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung unter Verzicht auf Punkt 8 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0307/11 zur Kenntnis.

## 5. Informationen

---

### 5.1. Personalkostencontrolling - Jahresabschlussbericht 2011 Vorlage: I0078/12

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Platz insbesondere darauf, dass der berechnete Haushaltsansatz für Personalausgaben von 118 Mio Euro bewusst unterschritten wurde und somit eine Unterfinanzierung in Höhe von 3 Mio Euro besteht. Auf Grund der in der Vergangenheit gemachten guten Erfahrungen wurde für eine Konsolidierung der Personalausgaben die vom Oberbürgermeister verfügte 3monatige Besetzungssperre beibehalten.

Im Weiteren macht der Beigeordnete Herr Platz Erläuterungen zur Ausgabenstruktur, geht dabei insbesondere auf die Rückstellungspositionen ein und erläutert weiterhin den Personalkostenbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.2. Personalkostencontrollingbericht I. Quartal 2012  
Vorlage: I0121/12

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.3. Trägerschaft städtisches Wohnheim  
Vorlage: I0105/12

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

In seinen umfassenden Ausführungen informiert der Bürgermeister Herr Dr. Koch über die mit der Übernahme der Gymnasien im Jahre 1992/93 verbundenen Verpflichtung zur Vorhaltung von Wohnheimen, welche auch für die bestehenden 48 Fachklassen in Berufsbildungsgängen gilt. Er macht Ausführungen zum Bedarf von Wohnheimplätzen für das W.-v.-Siemens-Gymnasium und berufsbildender Schulen sowie den erforderliche Kosten. Insbesondere verweist er auf den dem Kultusministerium gegebenen Hinweis, zur Anpassung von Gastschulbeiträgen, welchem das Ministerium gegenüber offen sei. Im Weiteren macht er Ausführungen hinsichtlich der durchgeführten Befragung hinsichtlich eines bestehenden Interesses an der Übernahme des Wohnheimes. Im Ergebnis der Befragung musste das Fazit gezogen werden, dass hierfür keine Interesse besteht und das Wohnheim auch weiterhin in städtischer Verantwortung verbleibt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

A. Behne  
Schriftführerin